

# Burgheim kritisiert Landratsamt wegen Untätigkeit

Seit Jahren wünscht sich Burgheim einen verkehrsberuhigten Ortskern. Entsprechende Anträge liegen beim Landratsamt. Dieses widerspricht Vorwürfen der Gemeinde.

---

*Von Michael Kienastl*

---

**Burgheim** Seit sieben Jahren beschäftigt sich die Gemeinde Burgheim mit einer Verkehrsberuhigung im Ortskern – die Höchstgeschwindigkeit soll auf 30 km/h begrenzt werden. Das ist nicht nur der Wunsch des Bürgermeisters Michael Böhm (CSU). Auch die Bürgerinnen und Bürger haben sich mehrfach dafür ausgesprochen. Umsetzen müsste

das auf den Kreisstraßen (Bahnhofsstraße, Marktplatz, Georgistraße und Donauwörther Straße) die Verkehrsbehörde des Landratsamtes. Diesem liegen seit vergangenem Herbst mehrere Anträge vor.

Die Gemeinde beruft sich auf den seit einer StVO-Novelle im vergangenen Jahr existierenden Rechtsbegriff des „hochfrequentierten Schulwegs“. Dieser Rechtsbegriff ist jedoch ein unbestimmter, er muss also ausgelegt

werden. Und da beginnen die Probleme. In einer Großstadt bedeutet das etwas anderes als in der Marktgemeinde. Das Landratsamt verweist auf die Regierung von Oberbayern und warte seit vergangenen Herbst auf Handlungshinweise, heißt es in einer Mitteilung. Man wolle erreichen, dass eine Regelung auch dauerhaft Bestand hat und nicht später – wegen rechtlicher Bedenken – zurückgenommen werden muss. Böhm nennt das „die

mittlerweile übliche ‚german angst‘“, auch die anderen Gemeinderatsmitglieder äußerten jüngst ihr Unverständnis. Das Landratsamt treffe gar keine Entscheidungen mehr, sagte gar der Zweite Bürgermeister Andreas Flath (FW).

Viel Arbeit hat sich die Marktgemeinde gemacht, es gab Verkehrsuntersuchungen und auch die Schulwege der Kinder – etwa 280 besuchen die Grund- und Mittelschule im Ort – wurden analy-

siert. Mit durchschnittlich täglich 5654 Fahrzeugen (inklusive Bussen, Motorrädern, etc.) sei „deutlich zu viel Verkehr“ im Marktbereich unterwegs und die hohen Geschwindigkeiten seien sehr gefährlich. Böhm erwägt eine Untätigkeitsklage und hat Reinhard Brandl (CSU) um Unterstützung gebeten. Der Bundestagsabgeordnete werde sich an die Regierung von Oberbayern wenden und um eine zügige Klarstellung bitten, sagte ein Mitarbeiter.